

vielfach am Dialog, z. B. „zwischen unseren Moraltheologen und der Glaubenskongregation in Rom“. Hoffentlich wird wenigstens am 13./14. November einer draus. se

## Appelle

### *Die DDR-Kirchen und die Ausreisewelle*

Daß in den letzten Wochen und Monaten Zehntausende von DDR-Bürgern ihren Staat verlassen haben – teils durch „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ aufgrund eines Ausreisetrags, teils auf dem Weg über die ungarisch-österreichische Grenze –, konnte und kann die Kirchen in der DDR nicht gleichgültig lassen. Der Evangelische Kirchenbund reagierte denn auch auf die Zuspitzung der Situation mit einem am 10. September in den Gottesdiensten verlesenen Wort an die Gemeinden; kurz zuvor hatte sich der Magdeburger Bischof *Christoph Demke* mit einem eigenen Brief an die Gemeinden seiner provinzsächsischen Kirche gewandt. Dazu kamen zahlreiche weitere Stellungnahmen von Pfarrern und höheren kirchlichen Amtsträgern. Bei der Tagung der Synode des Kirchenbundes Mitte September in Eisenach war die Ausreiseproblematik eines der beherrschenden Themen. Dort nahm auch der stellvertretende (und derzeit amtierende) Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz, Bischof *Joachim Wanke* (Erfurt), in seinem Grußwort zur Ausreiseproblematik Stellung. Wanke äußerte sich zum DDR-Thema Nr. 1 dann auch bei der großen Herbstwallfahrt am 17. September auf dem Erfurter Domplatz.

Zwei Leitmotive bestimmen durchgängig die einschlägigen Stellungnahmen aus den evangelischen Kirchen der DDR: Die Bitte an die Gemeindeglieder, in der DDR auszuhalten, und der dringende Appell an die Staatsführung, endlich *substantielle Reformschritte* einzuleiten, die es den kritischen und unzufriedenen Bürgern erleichtern könnten, im Land zu bleiben

und sich für seinen weiteren Weg zu engagieren. In einem Brief des Kirchenbundes an Erich Honecker vom 2. September (er wurde den Gemeinden in der Erklärung vom 10. September zur Kenntnis gegeben) werden solche dringenden Reformen nochmals aufgelistet: Offene und wirklichkeitsnahe Diskussion über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in der DDR-Gesellschaft; Berücksichtigung von kritischen Einwänden der Bürger; realistische Berichterstattung in den Medien; Respektierung der Bürger als mitverantwortliche Partner durch alle Behörden; Reisemöglichkeiten in andere Länder für alle Bürger. Auf der Synodaltagung in Eisenach wurden diese Forderungen mehrfach bekräftigt. Zum Abschluß ihrer Tagung sprachen sich die Synodalen für eine „Öffnung der bisherigen politischen Strukturen“ und eine „demokratische Parteilivfalt“ in der DDR aus. Es brauche ein allgemeines Problembewußtsein dafür, daß Reformen dringlich notwendig seien.

Man kann es den Kirchen in der DDR nicht verdenken, wenn sie direkt oder indirekt zum Bleiben auffordern und ihre Gemeindeglieder an ihre Verantwortung für ihr privates und gesellschaftliches Umfeld erinnern, das sie bei der Ausreise im Stich lassen. Es geht ihnen dabei nicht nur um die eigene Selbsterhaltung, obwohl auch dieser Gesichtspunkt nicht zu unterschätzen ist. Schließlich haben manche der ohnehin kleinen Gemeinden durch die Zunahme der Ausreisen einen zusätzlichen, oft schmerzlichen Aderlaß erfahren. Der Appell zum Aushalten im Land ist vor allem eine Konsequenz aus der Grundhaltung der Kirchen gegenüber Staat und Gesellschaft der DDR, wobei sich hier, ungeachtet weiterbestehender Unterschiede in Selbstverständnis und Struktur, seit einiger Zeit gewisse *evangelisch-katholische Konvergenzen* abzeichnen.

Die evangelische Kirche in der DDR versteht sich schon seit zwanzig Jahren bewußt als Kirche *in der DDR*, die sich für die Entwicklungen und Probleme der Gesellschaft mitverantwort-

lich sieht und sie als Teil ihres spezifischen christlichen Auftrags konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten sucht. Aber auch in der katholischen Kirche der DDR ist in den letzten Jahren trotz deutlicherer Distanz und Abgrenzung gegenüber dem System das Bewußtsein der Solidarität mit dem eigenen Land, seinen Menschen und Problemen gewachsen. Auf dieser Linie liegen jetzt auch die Äußerungen zur Ausreiseproblematik. Bischof Wanke sagte vor der Kirchenbundsynode in Eisenach: „Gott hat uns hierher gestellt... Ich glaube nicht, daß es Gottes Wille ist, dieses Land nur den Menschen zu überlassen, die Gott nicht kennen. Dieses Land gehört auch uns Christen!“ Die Christen, so Bischof Wanke, könnten nicht einfach von ihrem Auftrag weglaufen, nur weil manches in der DDR schwieriger sei als anderswo.

Je länger sich die DDR-Führung allerdings auf ihre ideologische Grundpositionen fixiert und sich von den wirtschaftlichen und politischen Reformprozessen in Ungarn, Polen und der Sowjetunion abgrenzt, desto schwerer dürften es die Kirchen haben, mit ihrer Bitte, das Land nicht zu verlassen, bei den Betroffenen Gehör zu finden. Schon jetzt wird ja in kirchlichen Stellungnahmen bei allen kritischen Anmerkungen zur Ausreisewelle und manchen ihrer Motive eingeräumt, daß es für den einzelnen angesichts der gegenwärtigen Stagnation in der DDR durchaus nachvollziehbare und verständliche Gründe gebe, dem Land den Rücken zu kehren. Im übrigen sollte man die Einflußmöglichkeiten der Kirchen, denen zusammen inzwischen vermutlich nicht mehr als ein Drittel der DDR-Bevölkerung angehören, nicht überschätzen. Das gilt nicht nur für die Ausreiseproblematik, sondern auch darüber hinaus. Die Kirchen in der DDR können und wollen keine Oppositionsbewegung ersetzen. Sie können nur hoffen, daß sich in absehbarer Zeit – sei es durch massiveren Druck von unten, durch Kursänderungen in der Führung oder beides zusammen – die Veränderungen abzeichnen, für die sie seit Jahren weithin erfolglos plädieren.